

Sondersitzung des Rates am 9. Mai 2011

- Anträge zum Verzicht auf die Gütergleisverlegung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
in seiner Sitzung am 25. August 2008 hat der Rat zur Gleisverlegung beschlossen, dass der städtische Eigenanteil auf 13,25 Mio. € begrenzt werden sollte.

Heute wissen wir, dass der Eigenanteil 6,6 Mio.€ betragen wird, also die Hälfte von dem, was wir damals als Obergrenze beschlossen haben, und wir bekommen Anträge auf den Tisch, die das Ziel haben, auf die Gleisverlegung faktisch zu verzichten.

Ich habe in fast fünfundzwanzig Jahren kommunalpolitischer Arbeit noch nie erlebt, dass wir bei einem städtischen Projekt einmal die geplanten Kosten um die Hälfte unterschritten hätten? Welche Jubelchöre hätten wir angestimmt, wenn uns dies beim Neubau der Theodor Heuss Realschule, der Sanierung unserer Musikschule oder der Betonsanierung am Europaring in gleicher Weise gelungen wäre?

Stattdessen wird mit den vorliegenden Anträgen der letzte Funke Hoffnung zertreten, den es zur Finanzierung der Gleisverlegung noch gibt.

Wird dies beschlossen, werden wir den Weg nach unten auf der kommunalpolitischen Kellertreppe noch schneller beschreiten.

Wir wollen das nicht !

Der Abschlussbericht zur integrierten Kosten-Nutzen-Analyse ist in seinen Formulierungen eindeutig, wenn er festhält:

Die Bewertung der aktuellen Situation und der erkennbaren Entwicklungstendenzen haben aufgezeigt, dass der Stadtbezirk Opladen ohne Interventionen bzw. nachhaltige Impulse auf dem Weg ist, die Indikatoren und Kriterien für das Förderprogramm Soziale Stadt zu erfüllen. Mit dem Projekt muss daher das eindeutige Ziel verbunden sein, diese negativen Entwicklungstendenzen aufzufangen und eine positive Entwicklungsdynamik zu entfalten.

- Tendenz zur Überalterung,
- Trading down im Stadtbezirkszentrum, und
- Investitionsstau.

Wir werden alles dafür tun, damit diese Effekte eben nicht eintreten.

Es ist schlimm genug, dass die Kommunalaufsicht, die wichtigste Stadtentwicklungsmaßnahme seit Bayer an den Rhein gekommen ist, ausschließlich finanzsystematisch bewertet und damit diese Maßnahme, mit der wir

- Neben der Gleisverlegung mit der Neuen Bahnallee auch eine neue Ost-Umgehung für Opladen erhalten,
- Wertvolle neue Innenstadtfächen für Opladen gewinnen,
- Und viele andere Vorteile erzielen,

wie eine konsumtive Maßnahme behandelt, so als würden wir hier nicht Stadtentwicklung und Stadtumbau betreiben, sondern Champagner für einen Neujahrsempfang kaufen.

Dass die Kommunalaufsicht diese Sichtweise hat, beweist, dass staatliche Behörden kommunale Nöte an der Basis nicht wirklich verstehen. Und wenn Opladen stirbt, wird ja die Kommunalaufsicht weiter existieren.

Dass aber gewählte Ratsmitglieder einen Kernpunkt der Neuen Bahnstadt so aufgeben wollen, beweist, dass ihre Verpflichtungserklärung als Ratsmitglied mit der Aussage „...meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen“ genau so viel wert sind, wie die Aussage von Walter Ulbricht:

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Gez.: Paul Hebbel